

Was heißt «Kampf gegen den Rassismus»?

Teil 2 (Schluss)

Es gibt ein berühmtes Gedicht von Bertolt Brecht, in dem die Haltung der ostdeutschen Regierung nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 karikiert wird:

Nach dem Aufstand des 17. Juni
 Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
 In der Stalinallee Flugblätter verteilen
 Auf denen zu lesen war, dass das Volk
 Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
 Und es nur durch verdoppelte Arbeit
 Zurückerobert könne. Wäre es da
 Nicht doch einfacher, die Regierung
 Löste das Volk auf und
 Wählte ein anderes?

Die Forderung nach Umerziehungskampagnen und die Kampf-dem-Rassismus-Aufrufe, die sich inzwischen häufen, um den Nazismus vor allem in Ostdeutschland zu bekämpfen und auszurotten, erinnern an dieses Gedicht. Die deutsche Regierung ist zunehmend empört darüber, was für ein Volk sie sich durch die Vereinigung von 1990 einverleibt hat. Es ist ihrem Drang und ihrer Gier, den internationalen Medien ein «weltoffenes Deutschland» zu präsentieren, zunehmend im Wege. Sie kann sich zwar kein anderes Volk *wählen*, aber sie ist entschlossen, sich ein anderes zu *schaffen*. Im Hintergrund ihrer Erregung, das ist klar, steht auch das Unbehagen führender Kreise Westdeutschlands darüber, dass der Nazismus in Ostdeutschland auch eine vernichtende Aussage darüber sein könnte, wie die Vereinigung von Westdeutschland aus gehandelt wurde. Der Nazismus im Osten muss auch beiseite geschafft werden, weil er ein Indiz für eine eigene (westdeutsche) *Untat* ist, weil er die Art, wie die Einvernahme des Ostens vollzogen wurde, an ihren Folgen als eine *Untat* erzeugt.

In den USA gibt es bestimmte Bezirke in den Großstädten, die man nicht besucht, weil die Herrschaft des Gesetzes dort nicht garantiert scheint, weil die Wahrscheinlichkeit, dass man dort ausgeraubt oder sogar umgebracht wird, nicht von der Hand zu weisen ist. Auch in vielen sonstigen außereuropäischen Ländern wird man vor Gebieten gewarnt, in die sich zu begeben gefährlich sei, in denen man vielleicht um Leib und Leben fürchten müsste. Ein ebensolches Gebiet sind Teile Ostdeutschlands für bestimmte Menschen, insbesondere solche anderer Hautfarbe. Das ist zweifellos nicht schön und nicht ideal, aber es ist wohl eine Realität. Menschen sollten vor dieser Realität entsprechend gewarnt werden. Jeden, der bereit ist, etwas von der Aufgabe auf sich zu nehmen, diese Realität durch eine geduldige, schwierige Arbeit zu verändern, jeden, der den Menschen dort einen tieferen Begriff von menschlicher Würde plausibel zu machen unternimmt, wird man bewundern können. Staatlich induzierte Umerziehungsprogramme werden das nicht können, weil ihr Ziel nicht die individuelle Freiheit ist, sondern bestimmte inhaltliche Resultate (also beispielsweise eine Herabsetzung von «Rassismus» und «Antisemitismus» nach irgendwelchen statistisch erfassbaren Umfragekriterien). Mag sein, dass sie es schaffen, Teilen der Bevölkerung einen antirassistischen Überzug zu verpassen, die Menschen entsprechend zu *konditionieren*. Im tieferen aber müssen solche Umerziehungsprogramme zu noch schlimmeren sozialen Verwerfungen führen. Das (von diesen Programmen) gequälte und in seiner Freiheit missachtete und misshandelte Menschenwesen wird sich dann irgendwo anders den Ort bzw. den Inhalt suchen, wo es sich im Sinne jenes gänzlichen Mangels an Würde ausagiert, mit dem es in ihnen behandelt wurde.

Andreas Bracher, Hamburg